



## Souveränsbeleidigung

Komisch. Eigentlich zählt allein mein Wille. Hat man mir gesagt. Die ganze Veranstaltung findet überhaupt nur wegen mir statt. In der Bundesverfassung steht nicht: alle Macht geht von der Regierung aus oder vom Parlament oder von Frau Plassnik, sondern: das Recht geht von mir aus: vom Volk, vom Souverän! Nun, zugegebenermaßen, ich bin geteilter Meinung in der Frage des EU-Reformvertrags, doch die stärkste Stimme in mir sagt: Ich will selbst entscheiden. Die Regierung antwortet mir, ich dürfe das nicht, obwohl das Recht doch von mir ausgeht. Mit welchem Recht sagt sie das?

Ich habe mich ein wenig schlau gemacht, wie die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten mit uns Souveränen umgegangen sind. Zunächst haben sie einen Konvent mit der Abfassung einer EU-Verfassung beauftragt. Das Ergebnis wurde von den Regierungen kräftig zerpfückt. Erst jetzt durften einige von uns darüber befinden. In Frankreich und Holland ging das mächtig in die Hosen. Mein französischer Kollege hat das übrigens nicht so sehr aus Ressentiment gegenüber Brüssel gemacht oder weil er dem Chirac eins auswischen wollte, sondern er hat sich sorgfältig über die 500-Seiten-Verfassung informiert, in tausend öffentlichen Versammlungen diskutierten interessierte BürgerInnen bis Mitternacht über die sperrigen Paragraphen. Dann sagten sie nein.

Die Regierungen zogen den abgelehnten Text aus dem Umschlag „EU-Verfassung“ und steckten ihn in den Umschlag „Reformvertrag“. So sei er „leichter zu schlucken“, bemerkte der Konventspräsident Giscard d´Estaing. Wir Souveräne werden zum Schlucken genötigt, denn Volksabstimmungen verweigern uns die Regierungen jetzt. Dass der Text jetzt süffiger ist, könnte ich übrigens nicht behaupten, er ist vielmehr ein Puzzle: EU-Vertrag, Änderungsliste, EG-Vertrag, Änderungsliste, Protokolle, Erklärungen. Die Regierungen haben bewusst die Lesbarkeit verschlechtert, um unsere Lust, darüber zu diskutieren, zu töten. In Österreich änderte die Regierung sogar die Verfassung, um den EU-Vertrag schneller durchs Parlament peitschen zu können. Sie wollte partout nicht mit mir über das Puzzle reden. Wie soll die EU durch so ein Vorgehen bürgernäher werden? Ich bin auf die Straße gegangen, als Antwort hat mich die Regierung ins Eck gestellt, ins rechtsextreme, ins linksradikale. Das ist Souveränsbeleidigung! Viele Fragen sind offen. Bietet dieser Vertrag die Grundlage, um das soziale und friedliche Europa aufzubauen, das ich mehrheitlich anstrebe? Werden die Ungleichheiten jetzt zurückgehen, wird sich die Situation am Arbeitsmarkt entspannen, wird die EU abrüsten? Die Regierung hat mir eine Farbbroschüre geschenkt.

Christian Felber ist freier Publizist. Soeben erschienen „Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus“ bei Deuticke.

*Erschienen im „Kurier“ am 18. April 2008.*